

Die SED-Diktatur und die Deutsche Frage. Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989

Die SED-Diktatur und die Deutsche Frage. Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union; Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (ADB)

Datum, Ort: 07.10.2011-08.10.2011, Vlotho

Bericht von: Peter Römer, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Die Analyse der bundesrepublikanischen Sichtweise auf die DDR wäre ohne die Betrachtung der Inhalte und Wirkungen politischer Bildungsarbeit unvollständig. Die zeitgeschichtliche Forschung vernachlässigte jedoch bisher größtenteils die Rolle dieses Bindeglieds zwischen Volksvertretern und Gesellschaft bei der Formung des DDR-Bildes in der „Bonner Republik“. Dabei waren Institutionen der politischen Bildung als Vermittlungsinstanzen demokratischer Grundwerte wie auch Foren des Dialogs stets wichtiger Teil der Auseinandersetzung mit dem „anderen deutschen Staat“. Die Fachtagung „Die SED-Diktatur und die deutsche Frage“, die am 7. und 8. Oktober im Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho stattfand, versuchte diese Forschungslücke zu schließen, indem sowohl Akteure und Institutionen über ihre deutschlandpolitische Bildungsarbeit als Zeitzeugen befragt, als auch wissenschaftliche Analysen zusammengetragen werden sollten. Organisiert wurde der Expertenworkshop vom Bildungswerk der Humanistischen Union, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (ADB). Im Fokus des Interesses stand dabei das Segment der außerschulischen Bildung. Ausgeklammert wurden so etwa die Programme der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung.

In seiner Einführung beschrieb PAUL CI-UPKE (Essen) die bundesdeutsche Jugend- und Erwachsenenbildung vor 1989 als Arena der Auseinandersetzung um politisch-

kulturelle Hegemonien. Besonders in den 1950er- und 60er-Jahren hätte dabei die DDR als „Promotionsinstrument“ der Bundesrepublik im Fokus der just institutionalisierten politischen Bildungslandschaft gestanden – weniger hingegen der Nationalsozialismus.

Genau dieser zeitliche Rahmen wurde durch STEFAN CREUZBERGER (Potsdam) am Beispiel des Handelns des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) näher beleuchtet. Das BMG betrachte er als Symbol für die politische Kultur des Kalten Krieges, die von einer steten Propagierung der Überlegenheit des jeweiligen Systems geprägt war. Creuzberger zufolge kam dem Ministerium nach seiner Gründung 1949 die Funktion der „psychologischen Kriegsführung von unten“ zu. Mit einer „Politik der kleinen Nadelstiche“ sollten Kommunisten in Ost- und Westdeutschland auf Grundlage der US-„liberation policy“ bekämpft werden. Nach Ansicht des Historikers sei das BMG daher keineswegs nur ein „Broschürenministerium“ gewesen, sondern vielmehr eine Institution, die mittels Spionagetätigkeiten helfen sollte, das SED-Regime schnell und unblutig abzuwickeln. Creuzberger zeigte dann jedoch auf, wie sehr sich das bis dato antikommunistisch und totalitarismustheoretisch geprägte Handeln des BMG ab 1966 unter Herbert Wehner wandelte. Nun habe eine systemimmanente Sicht auf die DDR und ein dialogisches Prinzip die Politik des Ministeriums bestimmt. Ein Bedeutungsverlust des BMG habe sich dann erst ab 1969 eingestellt, als eine Verlagerung deutschlandpolitischer Kompetenz hin zu Bundeskanzler Brandt zu konstatieren war. In der Diskussion wurde daraufhin gewiesen, dass die Institutionalisierung und Genese des Ministeriums in seinen ersten Jahren von einem „Netzwerk nationalistischer Kreise“, vornehmlich aus dem Vertriebenen-Milieu, geprägt war.

BERND FAULENBACH (Bochum) analysierte anschließend, wie die „deutsche Frage“ in der politischen Bildung reflektiert worden ist. Seine Ausgangsfrage war, ob Institutionen der politischen Bildung dabei ein Eigengewicht besaßen oder aber bruchlos den Leitlinien der Spitzenpolitik folgten. Er unterteilte die politische Bildungslandschaft der 1950er-Jahre in ein Lager, das zunächst na-

tional argumentierte und erst sekundär anti-kommunistisch wirkte und ein anderes, das genau umgekehrte Prioritäten setzte. Das erste beschrieb er als sozialdemokratisch, letzteres als eher bürgerlich. Entsprechend sei die Westbindung der BRD gegensätzlich beurteilt worden. Als Symbol des Scheiterns westlicher Deutschlandpolitik sah Faulenbach den Mauerbau an, der daher auch eine polarisierende Übergangsphase politischer Bildung eingeleitet habe. Im linken Lager waren nun neomarxistische Positionen sagbar, hingegen habe etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) an „alten“ Haltungen festgehalten. Faulenbach konstatierte, dass in den 1970er-Jahren Systemvergleiche die Bildungsarbeit dominiert hätten, in denen die DDR teils zu gut wegkam – die Debatte um eine legitime Binationalität habe sich hier widerspiegelt. Der Bochumer Historiker führte weiter aus, dass sich die Akzeptanz des „schwierigen Partners DDR“ in den 1980er-Jahren fortgesetzt habe und stellte fest, dass die deutsche Frage dabei in der politischen Bildung nun zunehmend hinter Fragen von Frieden und Sicherheit zurücktrat. Bezogen auf seine Ausgangsfrage konstatierte Faulenbach sowohl eine Eigengewichtigkeit, als auch eine Widerspiegelung der „großen Politik“ in der politischen Bildung.

BERNHARD SCHALHORN (Lüneburg) ergänzte die Befunde Faulenbachs um ein konkretes Beispiel. Die Arbeit der Ost-Akademie Lüneburg betrachtete er sowohl analytisch, als auch aus einer Innensicht heraus. Schalhorns Arbeitsbeginn in Lüneburg zu Beginn der 1980er-Jahre fiel dabei genau in eine Übergangsphase der Akademie: Bis dato habe das „Offenhalten“ der deutschen Frage bei einer ablehnenden Sicht auf die DDR das Wirken der Akademie dominiert. Besonders das Eintreten für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 habe den konservativen Ruf der Einrichtung begründet. Das Jahr 1981 beschrieb Schalhorn als Zäsur. Das Diktum, die Grenze offen zu halten, sei nun von einer anderen Praxis ausgefüllt worden: Statt Fahrten an die innerdeutsche Grenze habe nun der Dialog mit Bürgern hinter der Mauer im Vordergrund gestanden, um ein differenzierteres DDR-Bild zu schaffen. Hierzu habe zudem die Ausstellung „Jugend in der DDR“ beigetragen, die den Fokus auf den Alltag

legte. Schallhorn nutzte bei der Organisation deutsch-deutscher Begegnungen zudem die zunehmende Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik. Seine Einschätzung, man hätte als BRD-Bürger in den 1980er-Jahren ohne Probleme auf der Mauer laufen können, blieb den Tagungsteilnehmern im Gedächtnis.

Einen Bezug zum Tagungsort stellte REINHARD RÜRUP (Berlin) her. Er wies darauf hin, dass die Bedeutung des Studienkreises für West-Ost-Fragen, der sich in den 1950er- und 60er-Jahren in Vlotho traf, sich vor allem in der Rückschau erweisen lasse: Sehr viele studentische Teilnehmer hätten später als namhafte Professoren oder Journalisten gewirkt. Dabei sei Jürgen Kocka hervorzuheben, der den Studienkreis Vlotho als entscheidend für seiner geistige Entwicklung betrachtete. Die Inhalte, mit denen sich die Studenten ab 1956 in einer weitgehend hierarchie-freien Atmosphäre beschäftigten, seien vor allem angesichts des zeitlichen Rahmens revolutionär gewesen: In dieser Zeit sei die DDR-Ideologie des Marxismus-Leninismus gesellschaftlich strikt abgelehnt worden, ohne diese aber in der Regel tatsächlich zu kennen. Die Teilnehmer nahmen diese jedoch ernst, konnten so ihre Fehlwirkungen aufzeigen und reflektierten auf dieser Basis auch den Zustand der BRD. Rürup berichtete, dass die Studenten daher bereits zu diesem Zeitpunkt ein Bewusstsein für die Mängel bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus entwickelten. Darüber hätten sie durch die Leitung von Schülerseminaren mit insgesamt etwa 4.000 Teilnehmern bis Mitte der 1960er-Jahre auch als Multiplikatoren gewirkt. Die Diskutanten waren sich einig, dass die Rezeption des Vlothoer Studienkreises ein Desiderat der Forschung darstelle.

DIETRICH HÖPER (Hustedt) führte mit seiner Darstellung der Entwicklung der Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt eine Institution ein, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit leistete. Weniger die Beschäftigung mit der kommunistischen Ideologie als vielmehr die Ursachen für die deutsche Teilung hätten sich in den Seminarinhalten widerspiegelt. Die nahe gelegene Gedenkstätte Bergen-Belsen sei aus diesem Grund immer wieder in die Seminare integriert worden, was in den 1960er-Jahren keine

Selbstverständlichkeit darstellte. Deutlich anders als etwa die Ost-Akademie Lüneburg sei für das gesamtdeutsche Seminar Hustedt nach Höpers Darstellung die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze früh Konsens gewesen. In den 1970er- und 80er-Jahren hätten in Hustedt dann Begegnungen und Austausche im Mittelpunkt gestanden – vor allem auch mit Polen.

Einen Polen-Bezug teilte auch THEO MECHTENBERG (Vlotho), der in seinem Abendvortrag daher eine Perspektive einnahm, die außerhalb der Tradition bundesdeutscher politischer Bildung stand. Da er in den 1970er-Jahren in der Volksrepublik Polen lebte berichtete er, dass er damals seinen Blick „von innen“ auf den Staatssozialismus genutzt habe, um früh dessen Scheitern zu konstatieren. Bei seinem Wirken in Vlotho in den 1980er-Jahren hätten somit DDR-kritische Seminare im Mittelpunkt seines Schaffens gestanden, die andere Schwerpunkte setzten als der Mainstream der damaligen Zeit. So wurde ausgebürgerten DDR-Schriftstellern – etwa Erich Loest – in Vlotho ein Forum geboten. Auch standen Kirchen als „subversive Elemente“ im Zentrum der Seminare. Er berichtete zudem von Versuchen, in die DDR hineinzuwirken: Bei Besuchen habe er etwa Informationen über die Situation in Polen gezielt verteilt. Die ungewöhnlichen Seminare Mechtenbergs waren Anlass, um die Diskussion auf grundsätzliche Fragen der politischen Bildung der „Bonner Republik“ zu lenken: Wurde zu sehr auf „Systemstrukturen“ geachtet, zu wenig auf den „Faktor Mensch“? Und hätte nicht die europäische Dimension stärker in die deutsche Frage einbezogen werden müssen?

Drei weitere Innensichten aus der bundesdeutschen politischen Bildung sollten den zweiten Tagungstag bestimmen. BORIS BROKMEIER (Berlin) eröffnete den Reigen durch seine Präsentation der deutschlandpolitischen Jugendbildungsarbeit des AdB in den 1970er- und vor allem 1980er-Jahren. 50.000 westdeutsche Jugendliche sind im Rahmen von AdB-Seminaren in die DDR gereist. Brokmeier beurteilte Teile der systemvergleichenden Seminare eher kritisch. Erst gegen Ende der 1980er-Jahre hätten viele neue deutschlandpolitische Seminare mit

differenzierten Materialien etabliert werden können, die zunehmend den Menschen und weniger das „Mauer und Stacheldraht“-Image der DDR im Blick hatten. Jedenfalls sah Brokmeier den Umfang und Inhalt der AdB-Seminare als Beweis an, um die von Bundespräsidenten Wulff getroffene Behauptung zurückzuweisen, dass die Sandinisten in Nicaragua in dieser Zeit in der Bundesrepublik mehr Anteilnahme als die ostdeutschen Bürgerrechtler gefunden hätten.

Mit der Erfahrung der Demokratievermittlung des „Studienhauses Wiesneck“ wusste auch UWE BERNDT (Freiburg) ähnliches zu berichten. Als Institution fernab der innerdeutschen Grenze hätten jedoch zwangsläufig andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Mit dem starken politikwissenschaftlichen Hintergrund des Studienhauses sei die deutsche Teilung hier bereits in den 1950er-Jahren als Folge eines selbstinitiierten Krieges dargestellt worden. Zudem dominierte eine offene Auseinandersetzung mit der SED-Ideologie. Insgesamt konstatierte Berndt für das Studienhaus eine stärkere demokratietheoretische und auch ökonomieorientiertere Perspektive auf die DDR, als dies für andere Standorte der Fall war. Dennoch waren auch hier allgemeine Trends zu beobachten: Wie auch von anderen Tagungsteilnehmern berichtet, standen in den 1980er-Jahren auch in Wiesneck Alltagsaspekte der DDR im Mittelpunkt der Seminare.

ALEXANDER VON BELOW (Bonn) berichtete als letzter Referent über die Arbeit der KAS im Spiegel der „geistig-moralischen Wende“ der Regierung Kohl. Auch hier hätten in dieser Zeit Darstellungen des DDR-Alltagslebens im Zentrum des Interesses gestanden, jedoch vor dem Hintergrund eines starken uninationalen Ansatzes. In der politischen Bildungspraxis der Stiftung sei daher nun das Ziel verfolgt worden, Bindungen zwischen Ost und West zu stärken, wobei die neuen finanziellen Möglichkeiten dabei deutlich geworden seien. Der pragmatisch-offene Umgang mit DDR-Bürgern sei dabei jedoch innerhalb CDU-naher Kreise ein wichtiger neuer Impuls gewesen, so von Below.

Paul Ciupke versuchte abschließend einige Befunde der Tagung zusammenzutragen. Demnach sei politische Bildungsar-

beit ein wichtiges Forum bundesdeutscher DDR-Auseinandersetzung gewesen, das noch der weiteren Aufarbeitung bedarf. Deutlich geworden sei, dass alle politischen Strömungen sich daran beteiligt hätten. DDR-Beschäftigung sei so gerade in diesem Bereich keine Nische gewesen. Überrascht zeigte sich Ciupke, dass sich die Pluralität der politischen Spektren nicht auch in einer Vielfalt der Methoden und Inhalte niedergeschlagen zu haben scheinen. Jedenfalls hätten alle Institutionen in den 1970er- und 80er-Jahren im Rahmen des „kleinen Grenzverkehrs“ den DDR-Alltag fokussiert.

Wie sind die beiden Tage in Vlotho nun abschließend zu bewerten und welche weitergehenden Fragen stellen sich? Die dominierende Parallelität von Analyse und Zeitzeugenschaft war zugleich Vor- und Nachteil der Tagung. Nur die Abhandlungen von Bernd Faulenbach und Stefan Creuzberger waren deutlich als externe Analysen zu erkennen. Alle weiteren Beiträge können mehr oder weniger als Innensichten der verschiedenen Institutionen bewertet werden. Dies hatte detail- und kenntnisreiche Vorträge zur Folge, teils aber vermisste der Beobachter eine gewisse kritische Distanz zum Gegenstand. Eine Forschungsperspektive „von außen“ würde sicherlich zur Erkenntnismehrung über den Beitrag politischer Bildung bei der Schaffung und Formung des bundesdeutschen DDR-Bildes beitragen. Die Tagung hat nachdrücklich gezeigt, dass sowohl Fallstudien einzelner Institutionen als auch eine Makroperspektive auf diese Frage lohnenswert erscheinen. Sicherlich müssen aber noch weitere Institutionen und Experten befragt werden, um generalisierende Schlüsse zu ermöglichen. Dies wird Aufgabe der Organisatoren und der Forschung für die Zukunft sein.

Konferenzübersicht:

Stefan Creuzberger (Potsdam): „Die politische Kultur des Kalten Kriegs am Beispiel des Gesamtdeutschen Ministeriums

Bernd Faulenbach (Bochum): Die Entwicklung der Deutschen Frage als Herausforderung politischer Bildungsarbeit

Bernhard Schalhorn (Lüneburg): Die „Deutsche Frage“ in der politischen Bildung - die

Arbeit der Ost-Akademie 1952 bis 1990

Reinhard Rürup (Berlin): „Unser Beitrag zur geistigen Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung“ - Studentische Bildungsarbeit im Studienkreis für Ost-West-Fragen in Vlotho

Dietrich Höper (Hustedt): Vom Gesamtdeutschen zum Ost-West-Seminar - die Arbeit der Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt von 1956 - 1989

Theo Mechtenberg (Vlotho): Deutschlandpolitische Bildung der 80er Jahre als „politisch-ideologische Diversion“

Boris Brokmeier (Berlin): Der geförderte Systemvergleich - die deutschlandpolitische Jugendbildungsarbeit im AdB der 70er und 80er Jahre

Uwe Berndt (Freiburg): Demokratievermittlung in Zeiten des Ost-Westkonflikts. Das Profil des Studienhauses Wiesneck von seiner Gründung 1958 bis in die 80er Jahre

Andreas von Below (Bonn): Die Deutsche Frage offen halten - Die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den achtziger Jahren

Versuch eines Resümées und Überlegungen zur Weiterarbeit

Tagungsbericht *Die SED-Diktatur und die Deutsche Frage. Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989*. 07.10.2011-08.10.2011, Vlotho, in: H-Soz-u-Kult 17.11.2011.